

ganz unberührt – werden die mystischen, zur Stille strebenden Elemente des Glaubens in Crown Heights weiterleben. Von einem Sabbat zum anderen werden sie ihr Leben in glühendem Messiasglauben führen, sich dabei an den Exodus erinnern und ihren Sabbat als eine „gesture of independence“ (*Liz Harris, Holy Days. The World of a Hasidic Family, New York 1986, S. 69*) praktizieren. Weiterhin werden sie auch

versuchen, sich von der umgebenden fremden und nicht geschätzten Welt fernzuhalten. Weil das alles jedoch in Brooklyn geschieht, Tür an Tür mit der schwarzen Armut, werden die „Rassenkonflikte“ zwischen Schwarzen und Hasidim weitergehen, ohne daß beide Seiten die Gründe ganz verstehen, warum diese Konflikte sind. Es ist schwer, in Crown Heights das Reich des Messias herbeizuglauben. *Hermann Vogt*

Kurzinformationen

Johannes Paul II. forderte Karmelitinnen auf, das Auschwitz-Kloster zu räumen

Das Tauziehen um die umstrittene Klosterniederlassung in dem sogenannten ehemaligen Theater von Auschwitz geht seinem Ende entgegen. In einem Brief vom 9. April teilte der Papst den Ordensfrauen mit: „Jetzt, gemäß dem Willen der Kirche, müßt Ihr an einen anderen Platz in Auschwitz ziehen.“ Jede von ihnen sei frei zu wählen, ob sie in der gleichen Gemeinschaft bleiben oder in ihr Herkunftskloster zurückkehren wolle. Dem Brief vorausgegangen waren in den letzten Wochen und Monaten Spekulationen darüber, wann die Karmelitinnen ihre bisherige Niederlassung räumen würden. Das auf Grund einer Vereinbarung zwischen einer Reihe von katholischen Bischöfen und Vertretern des Judentums im Jahre 1987 (vgl. HK, April 1987, 195; September 1989, 433f.; Oktober 1989, 443, Dezember 1989, 538) errichtete, vom eigentlichen Konzentrationslager einige hundert Meter weiter entfernte neue Klostergebäude steht inzwischen zum Umzug bereit. Von den vierzehn Ordensfrauen wollen aber offenbar dreizehn nicht in das neu errichtete Kloster, sondern in andere polnische Klöster zurückkehren bzw. umziehen. Die fehlende Bereitschaft der Ordensfrauen, in das neue, in ein Begegnungs- und Informationszentrum integrierte Kloster umzuziehen, drohte eine Zeitlang die Fei-

erlichkeiten zum 50. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Ghetto (vgl. ds. Heft, S. 270) schwer zu belasten. Auch die vatikanische Ordenskongregation hatte sich zeitweise in die Auseinandersetzung eingeschaltet. Vertreter des Judentums zeigten sich unterdessen befriedigt über das Schreiben des Papstes. *Elan Steinberg*, Sprecher des Jüdischen Weltkongresses, sagte in einem Interview mit einer polnischen Tageszeitung, die Papst-Botschaft stelle einen „wichtigen Schritt zur Festigung der guten Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und den jüdischen Organisationen in der Welt“ dar.

Die österreichischen Bischöfe zur Diskussion über Euthanasie

Zum Abschluß ihrer diesjährigen Frühjahrstagung Anfang April warnte die Österreichische Bischofskonferenz vor „falschen Betrachtungsweisen“ im Zusammenhang mit der Euthanasiediskussion. Wahres Mitleid, so eine entsprechende Erklärung der Bischöfe, müsse immer mit einer großen Ehrfurcht vor den Geheimnissen des Lebens und des Sterbens verbunden sein. Es gehöre zu den Grundversuchungen des Menschen, den Anfang, den Verlauf und das Ende in allem selbst bestimmen zu wollen. Die Bischöfe weiter: „Nicht über die Möglichkeit der Euthanasie sollten wir diskutieren, sondern über den

Wunsch der meisten Menschen, im Kreis der eigenen Angehörigen, umgeben von Liebe und Mitgefühl, sterben zu dürfen. Wir sollen nicht Schmerz und Tod verdrängen, sondern die Leiden, so gut wir können, lindern und die wahre Bedeutung zu entdecken zu suchen, die uns der Glaube in Leben und Sterben aufzeigt.“ Die Bischofskonferenz äußerte sich nach ihrer Frühjahrstagung auch in einer Erklärung zum geplanten *Gentechnikgesetz*: Darin begrüßten sie die Bemühungen um eine gesetzliche Regelung dieses neuen, für die Medizin und Landwirtschaft wichtigen Bereichs, weil die Gentechnik dem Wohl des Menschen dienen könne, aber auch große Risiken und Gefahren mit sich bringe. Die unverzichtbaren Rechte, die jeder menschlichen Person vom ersten Augenblick ihrer Existenz bis zum natürlichen Tod zustünden, seien immer und ausnahmslos zu achten. Dazu gehörten das Recht auf Leben, auf Wahrung der eigenen Identität und Intimität (Datenschutz): „Auch der Wunsch, die wissenschaftliche Forschung im Bereich der Genetik voranzutreiben, darf nicht zu der Meinung verführen, daß die Absicht, später, zu heilen, gewisse Ausnahmen bezüglich der grundlegenden ethischen Pflicht, die Integrität der Person immer zu respektieren, rechtfertige“. Die Bischofskonferenz gab als Ergebnis ihrer Beratungen auch die Einsetzung einer Arbeitsgruppe bekannt, die sich mit den Problemen befassen soll, die sich aus

einem eventuellen *EG-Beitritt Österreichs* ergeben könnten. Die Leitung dieser Arbeitsgruppe wurde dem Wiener Weihbischof *Christoph Schönborn* übertragen. In diesem Zusammenhang erklärten die Bischöfe, die katholische Kirche in Österreich wolle auch in einer künftigen Europäischen Gemeinschaft ihre Aufgaben wie bisher wahrnehmen und ihre Dienste im gewohnten Umfang anbieten können.

ÖRK-Generalsekretär Raiser sieht neue ökumenische Generation

Eine neue Generation mit einem „post-konfessionellen Bewußtsein“ wird künftig die ökumenische Bewegung prägen. Diese Einschätzung vertrat *Konrad Raiser*, der neue Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, in einem Pressegespräch im Anschluß an die Halbjahreskonferenz des ÖRK-Exekutivausschusses (Ecumenical Press Service, 1.–10.4.93) und in einem Interview mit dem Evangelischen Pressedienst (16.4.93). Die ökumenische Generation, die sehr stark auf die klassische Aufgabe der Versöhnung der Kirchen, auf die Lehrgegensätze und die Unterschiede in der Ordnung kirchlichen Lebens konzentriert war, und die wichtige und unverzichtbare Ergebnisse mit ihrem Engagement erreicht habe, sei von sichtlichen Erschöpfungserscheinungen gezeichnet. Den Durchbruch zu einer wirklichen Versöhnung der Kirchen habe sie nicht erreichen können. Die gegenwärtige Situation dagegen sieht Raiser durch zwei gegenläufige Tendenzen gekennzeichnet. Zum einen scheine die Ökumene derzeit in vielen Mitgliedskirchen des ÖRK nicht gerade Vorrangstellung zu genießen; vielmehr sei ein zunehmend konservativer oder gar fundamentalistischer Trend zu beobachten. Zum anderen wachse eine junge Generation heran, die ein sehr viel distanzierteres, lockereres Verhältnis zum institutionellen Erscheinungsbild der Kirchen habe, die die Fragen des Glaubens anders und

nicht mehr in starren konfessionellen Grenzen artikuliere. Damit ändere sich auch das Verständnis von Ökumene: Während in den letzten zwanzig Jahren die Einheit der Kirche im letzten mit der Herstellung einer sichtbaren Großstruktur identifiziert wurde, geprägt vom Bild der Weltkirche, wie sie die römisch-katholische Kirche darstelle, sei zugleich die Erkenntnis gewachsen, daß die Grenze des theologischen Dialoges und das Trennende offen anerkannt werden müsse. Die an vielen Stellen, häufig vom Rand der traditionell verfaßten Kirchen her entstehenden Formen neuer christlicher Gemeinschaften, die über die klassischen Konfessions- und Kirchengrenzen einschließlich der katholischen Kirche hinausgingen – ausdrücklich betont Raiser dabei den ökumenischen Impuls aus der kirchlichen Frauenarbeit – könnten wegweisend Anschauungsmaterial von anderen Formen des Kircheseins liefern und phantasievoll zeigen, was erlebte Gemeinschaft von Kirchen heißen könne.

Der Papst mahnt US-Bischöfe zur Ordnung

Vor der ersten Gruppe von US-Bischöfen, die alle im Laufe dieses Jahres ihre Ad-limina-Besuche beim Apostolischen Stuhl absolvieren, thematisierte der Papst die Rolle der Bischöfe in den Vereinigten Staaten. Den größten Dienst, meinte der Papst vor der Gruppe aus den Bundesstaaten Illinois, Indiana und Wisconsin, den die Bischöfe ihrer Kirche erweisen könnten, besteht darin, jeder Disharmonie und Verwirrung auf dem Gebiet der Glaubens- und Sittenlehre sowie der kirchlichen Disziplin entgegenzutreten. Die Bischöfe müßten die Katholiken dazu anhalten, die autoritativ verkündete Lehre der Kirche voll und ganz anzunehmen. Ein „guter Katholik“ könne sich in Glaubensfragen nicht selektiv verhalten. Die französische Tageszeitung „La Croix“ (24.3.93) bewertete diese Ansprache des Bischofs von Rom als „Ordnungsruf“ des Papstes an die Adresse der US-Bischöfe. Die Rede liest sich vor allem

wie eine Antwort auch auf die Auseinandersetzungen um den im vergangenen Herbst gescheiterten *Frauenhirtenbrief* (vgl. HK, Februar 1993, 87ff.). Im Klima eines religiösen Individualismus, so der Papst weiter, würden sich manche das Recht anmaßen, selbst zu entscheiden, welchen Lehren sie folgen wollen – auch in wichtigen Glaubensfragen, ohne jedoch wirklich die Lehren zu kennen, die sie ablehnen. Der Papst empfahl die Wiederentdeckung der „inneren Logik, Ganzheit und Symphonie des Glaubens“. Vom neuen Weltkatechismus erhofft sich der Papst den „Anstoß für eine nationale Rekatechetisierung“. Dadurch würden die Menschen in den Stand versetzt, die „gravierenden ethischen und sozialen Fragen“, vor denen das Land stehe, anzugehen. Die Bischöfe seien einem kulturellen Klima ausgesetzt, in dem viele jedem Anspruch auf Gewißheit im Umgang mit der Wahrheit mißtrauisch, wenn nicht feindlich gegenüberstünden. Ein positivistisches Denken führe dazu, daß Fragen, in denen es um letztverbindliche Wahrheit gehe, aus dem öffentlichen Leben ausgespart und religiöse Glaubenswahrheit und sittliche Werturteile in die Privatsphäre abgeschoben würden.

Salvadorianische Kirche kritisiert Amnestiegesetz

Auf massive Kritik der katholischen Kirche El Salvador stieß das Ende März vom Parlament mit knapper Mehrheit verabschiedete Gesetz über eine Generalamnestie für die im Bürgerkrieg begangenen Gewalttaten. Der Erzbischof von San Salvador, *Arturo Rivera Damas*, betonte, Versöhnung könne nur Frucht eines Schuldbekenntnisses, nicht aber Ergebnis eines Dekretes sein. Vor allem beklagte er die damit verhinderte Umstrukturierung und Umbesetzung in Justiz und Armeeführung. Diese hatte die im Juli letzten Jahres von UNO-Generalsekretär Boutros-Ghali eingesetzte „Kommission der Wahrheit“ in ihrem am 16. März 1993 in New York veröffentlichten Bericht über die seit 1980 begangenen Menschenrechtsver-

letzungen in El Salvador gefordert. Agenturmeldungen zufolge hatte die Kommission unter anderem die Absetzung sechs hoher Offiziere gefordert – darunter auch Verteidigungsminister General *Rene Emilio Ponce* und dessen Stellvertreter –, denen die Ermordung des Rektors der Katholischen Zentralamerikanischen Universität (UCA), *Ignacio Ellacuría*, fünf weiterer Jesuiten und zweier Hausangestellter im Jahr 1989 zur Last gelegt wird. Den verstorbenen Gründer der Regierungspartei

Arena, Roberto d'Aubuisson, beschuldigt die Kommission, den Mord am damaligen Erzbischof von San Salvador, *Oscar Arnulfo Romero*, im Jahr 1980 veranlaßt zu haben. Ebenso wird in dem Bericht empfohlen, mehrere Führer der zur politischen Partei gewordenen Nationalen Befreiungsfront *Farabundo Martí (FMLN)* von öffentlichen Ämtern auszuschließen. Die salvadorianische Bischofskonferenz hatte den UN-Bericht gelobt; der Generaloberer der lateinamerikanischen Jesui-

tenprovinz, *José Maria Tojeira*, hatte betont, nun müsse man Haltungen und Strukturen bekämpfen, die zu den grausamen Menschenrechtsverletzungen geführt hätten. Dieses Ziel jedoch sehen kirchliche Beobachter durch das Amnestiegesetz massiv gefährdet. Über die begangenen Gewalttaten dürfe nicht voreilig der Mantel des Vergessens und der Straffreiheit gebreitet werden, forderte der salvadorianische Erzbischof.

Bücher

ALEXANDER SCHWAN, *Ethos der Demokratie. Normative Grundlagen des freiheitlichen Pluralismus*. Verlag Schöningh, Paderborn 1992. 371 S. 78,- DM.

Die jetzt erschienene Sammlung von Beiträgen zum Ethos der Demokratie hat der Berliner Politologe Alexander Schwan vor seinem frühen Tod Ende 1989 noch selber zusammengestellt und mit einer zusammenfassenden Einleitung versehen. Die zu unterschiedlichen Anlässen entstandenen Beiträge bewegen sich auf der Ebene der politischen Theorie bzw. der politischen Philosophie. Es geht dabei aber nicht um akademische Glasperlenspiele, sondern um Fragen, die sich in der gegenwärtigen Diskussion über das Funktionieren, die Defizite und die Zukunftschancen der freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie unausweichlich stellen: Wie weit darf der weltanschaulich-politische Pluralismus gehen, ohne den Boden unter den Füßen zu verlieren? Wie kommt es zu einem Grundkonsens unter den Bedingungen der Freiheit? Welche Rolle spielt dabei die christliche Tradition? Schwans Überlegungen kreisen um zwei Grundthesen, deren eine er folgendermaßen zusammenfaßt: „Die personale Freiheit als die höchste Auszeichnung der Würde des Menschen be-

darf essentiell als ihrer politischen Form der pluralistischen Demokratie“ (S. 25). An anderer Stelle bezieht er die Grunddimensionen endlicher Freiheit auf die Grundelemente der freiheitlichen politischen Ordnung und zeigt, daß zwischen beiden eine Korrespondenz besteht. Zweites Anliegen der Arbeiten Schwans: Es gibt einen notwendigen Grundwertebestand der freiheitlichen Demokratie, der sich aber aus unterschiedlichen philosophisch-religiösen Quellen begründen läßt. Zerstörerisch für die Demokratie sind sowohl absolute Freiheitskonzeptionen wie auch eine Heiligsprechung des Pluralismus als solchem; in beiden Fällen wird die endliche Freiheit des Menschen verfehlt, geht die Fähigkeit zum Dialog, zu Kritik und Selbstkritik verloren. Als für ihn überzeugendste geistige Grundlegung der pluralistischen Demokratie und des Ethos der Freiheit bringt Schwan einen christlich geprägten Personalismus ins Spiel. Den Christen spricht Schwan als vorrangige politische Aufgabe zu, die „Lösungskompetenz des demokratischen Rechts- und Sozialstaates mit allen erdenklichen Kräften zu stärken“ (S. 242). Die innere Einstellung der Christen zum demokratischen Staat solle von der Erkenntnis bestimmt sein, daß es in ihm und mit ihm um ihre Sache gehe. U.R.

ANNE JENSEN, *Gottes selbstbewußte Töchter, Frauenemanzipation im frühen Christentum?* Verlag Herder, Freiburg 1992. 508 S. 68,- DM.

Die vorliegende Arbeit ist ein Ergebnis des von *Hans Küng* zusammen mit *Elisabeth Moltmann-Wendel* und *Bernadette Brooten* initiierten und von der Stiftung Volkswagen-Werk geförderten Forschungsprojektes „Frau und Christentum“ an der Universität Tübingen. Das Ergebnis ist ein gleich in mehrfacher Hinsicht kritischer Befund: Kritisch nicht nur gegenüber frauenfeindlichen Tendenzen im Christentum, sondern kritisch auch gegenüber allzu bemühten Versuchen, die „emanzipatorischen Aspekte in den urchristlich-altkirchlichen Überlieferungen (zu) betonen, nicht zuletzt in der guten Absicht, Gleichberechtigung in der heutigen Kirche zu bewirken“. An der These, die frühe Christenheit sei relativ frauenfreundlich gewesen, habe sich dann aber der „patriarchalen“ Umwelt anpassen müssen, sei, so Jensen, die erste Hälfte richtig, die zweite jedoch falsch. Die hellenistischen Römerinnen seien bereits emanzipierte Frauen gewesen, bevor sie Christinnen wurden. Ihre Zurückdrängung sei erst erfolgt, als von „notwendiger Anpassung“ keine Rede mehr sein konnte. Als irrig bezeichnet